

Niederschrift

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 26.01.2006	18:00 – 19.35 Uhr	Fürstenwalde, OT Trebus, Gaststätte "Seeblick"

Anwesenheit

PDS-Fraktion

Fiedler, Monika
Gollmer, Martin
Grasnick, Jürgen
Meinl, Maria
Paschek, Helga
Reibsch, Heike
Sachse, Gerold
Wobring, Karsten

CDU-Fraktion

Hilke, Rolf
Koch, Uwe
Lehmann, Karin
Lohaus, Ursula
Petenati, Wolfgang
Pohl, Heiko
Römer, Marion
Teichmann, Jürgen

SPD-Fraktion

Alter, Elisabeth
Bluschke, Helga
Hemmerling, Rita
Knopf, Werner
Luban, Jürgen
Schulze, Roland
Wagner, Elke

FDP-Fraktion

Hoffrichter, Lothar
König, Lutz
Ksinek, Reinhard
Rudolph, Waltraud

Bündnis 90/Die Grünen

Czerwinske, Inge
Zänker, Jens-Olaf

Verwaltung

Arnold, Andrea
Daske, Bernd
Fellner, Anne
Hengst, Ulrich
Hoffmann, Ulrich
Politz, Andreas
Reim, Manfred
Roch, Jürgen
Schickert, Andrea

Abwesend

PDS-Fraktion

Nachtigall, Lothar

CDU-Fraktion

Lachmann, Hans-Joachim

TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass die Ladungen fristgemäß erfolgt sind und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Von den 31 Abgeordneten sind 29 und der Bürgermeister anwesend.

TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 18. Sitzung

Einwände zur Niederschrift der 18. Sitzung vom 08.12.2005 liegen nicht vor.

Zustimmung Ja 29 Enthaltung 1

TOP 3 Anträge zur Tagesordnung der 19. Sitzung

Abgeordnete Fiedler beantragt, zusätzlich zur heutigen Tagesordnung die Problematik „Einsparungen an den Musikschulen“ mit aufzunehmen. Der zusätzliche Tagesordnungspunkt wird als 7.11. behandelt.

Zustimmung Ja 30

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die geänderte Tagesordnung der heutigen Sitzung wird bestätigt.

Zustimmung Ja 30

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung informiert, dass die Fraktion der PDS in der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 5. Dezember 2005 folgende Namensänderung beschlossen hat. Ab sofort trägt sie den Namen:

Fraktion der Linkspartei PDS Fürstenwalde Kurzform: Fraktion Die Linke. PDS Fürstenwalde

Des weiteren erinnert der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung an den Termin der Kranzniederlegung am 27.1.2006 zum Gedenken der Opfer der Nationalsozialismus, die um 16.00 Uhr, auf dem Ottomar-Geschke-Platz stattfindet.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Zugunsten der Haushaltsrede des Ersten Beigeordneten, Herrn Hengst, gibt der Bürgermeister zur heutigen Sitzung keine Informationen.

TOP 7 Drucksachen öffentliche Sitzung

TOP 7.1 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 02 "Shell-Tankstelle Triftstraße" 4/309 Aufhebungsbeschluss gemäß § 1 Abs. 8 i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB'04

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 1 Abs. 8 i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB'04 die Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 02 "Shell-Tankstelle Triftstraße".

Zustimmung Ja 30

TOP 7.2 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde (Lan- 4/213/1 deplatz) hier: Erneuter Feststellungsbeschluss

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der erneuten Beteiligung berührter Träger öffentlicher Belange Stellungnahmen eingegangen sind. Über diese Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der 2. erneuten öffentlichen Auslegung keine Anregungen von Bürgern vorgebracht wurden.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt erneut die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde. Die Begründung wird gebilligt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung für die 6. FNP-Änderung bei der höheren Verwaltungsbehörde zu beantragen.

Zustimmung Ja 30

**TOP 7.3 11. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde 4/316
(Grünfläche an der Alten Hafestraße)
hier: Einleitungsbeschluss**

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde.
2. Der Einleitungsbeschluss zur 11. FNP-Änderung ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Änderungsverfahren durchzuführen.

Zustimmung Ja 28 Enthaltung 2

**TOP 7.4 Bebauungsplan Nr. 44 "Zwischen Langewahler Straße und Spree (Ost)" 4/317
hier: Änderung des Geltungsbereiches**

Abgeordnete Czerwinske fragt nach, was der neue Geltungsbereich für neue Festsetzungen beinhaltet.

Die Beigeordnete Frau Fellner bemerkt dazu, dass die Intension hierbei ist, eine zusammenhängende funktionsfähige Gewerbefläche an der Langewahler Straße herzustellen. Dafür muss nicht vorhandenes aber mal geplantes Grün zurücktreten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 4 BauGB'97 die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 44 "zwischen Langewahler Straße und Spree (Ost)"

Der neue Geltungsbereich umfasst folgende Flurstücke der Gemarkung Fürstenwalde: Flur 20, Flurstück 1048 tw, 1051 tw, 1052 tw, 1056 tw, 1057 tw, 1059/2 tw, 1060 tw, 1070 tw, 1104 tw; Flur 142, Flurstück 45; Flur 153 Flurstück 207.

Zustimmung Ja 28 Enthaltung 2

TOP 7.5 Einführung der Doppik bei der Stadt Fürstenwalde 4/312

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einführung der Doppik in der Stadt Fürstenwalde zum 1.1.2007.

Zustimmung Ja 30

TOP 7.6 Einbringung der Haushaltssatzung 2006 der Stadt Fürstenwalde-Spree 4/314

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, gibt in seiner Haushaltsrede ausführliche Erläuterungen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2006 und zum Entwurf des Investitionsprogramms 2005 – 2009. Im vergangenen Jahr wies der Haushaltsplanentwurf ein Defizit von 3.396.000 € aus. Mit dem Nachtrag konnte das Minus auf 973.000 € und laut vorläufigen Jahresabschluss sogar auf 407.000 € gesenkt werden. Nur noch mit dieser Vorgabe ist der Haushaltsplan 2006 belastet. Der Haushaltsplan 2006 schließt ausgeglichen in Einnahme und Ausgabe mit 39.241.100 € ab. Gegenüber den Ausgaben des Vorjahres ist dies ein Rückgang von 1.640.200 €. Der Haushaltsausgleich beruht überwiegend auf einer strengen Haushaltsdisziplin.

Bei der Gewerbesteuer z. B. wird eine Mehreinnahme von fast 700.000 € erwartet, welche bereits durch Nachveranlagung eines großen Unternehmens belegt ist. Die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer ab 2007 sowie die erwartete positive wirtschaftliche Entwicklung, rechtfertigen aus Sicht der Verwaltung für 2006 eine Erhöhung des Gemeindeanteils.

Bei den Schlüsselzuweisungen ist trotz angekündigter Nachzahlung ein Rückgang von fast 2 Millionen Euro zu erwarten.

Die Gewerbesteuerumlage liegt geringfügig über dem Niveau und die Kreisumlage ist trotz geringerer Schlüsselzuweisungen auf gleichem Stand des Vorjahres veranschlagt.

Der Verlustausgleich für die Wohnungswirtschaft konnte um 150.000 € gesenkt werden. Möglich wurde das durch eine bessere Vermietung und insbesondere durch Zinseinsparungen von 300.000 € aufgrund einer Umschuldung. Das Darlehen für die Fürstengalerie bei der Sparkasse Oder-Spree ist im letzten Jahr ausgelaufen. Auch bei Zinsausgaben für die städtischen Darlehen ist ein Rückgang von fast 60.000 € zu erwarten.

Die erwarteten Vorteile aus dem Cash-Management sind noch nicht in die Veranschlagung eingeflossen.

Bei den Forderungen der neuen Familienministerin, Verzicht auf die Erhebung der Kita-Gebühren, würde das nur für die in städtischer Trägerschaft stehenden Einrichtungen einen Einnahmeausfall von über 366.000 € bedeuten. Die Umsetzung ist 2006 noch nicht zu erwarten, so dass bei den Kindereinrichtungen gegenüber dem Vorjahr keine Abstriche vorgenommen werden müssen. Das Gleiche trifft auch für die Schulen der Stadt zu.

Auch die Zuschüsse an die Vereine sowie die kulturellen und sozialen Einrichtungen konnten auf dem Stand von 2005 gehalten werden.

Der Verwaltungshaushalt 2006 löst noch nicht alle Probleme der Stadt. Der Ausgleich war nur deshalb möglich, weil eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von fast 800.000 € geplant ist. Erst wenn diese nicht mehr nötig ist und darüber hinaus der Verwaltungshaushalt einen Beitrag zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes leisten kann, ist ein wichtiges Etappenziel erreicht.

Der Vermögenshaushalt 2006 sieht im Entwurf Einnahmen und Ausgaben von 6.153.000 € vor. Das sind 5.374.000 € weniger als im Vorjahr. Die Ursachen für den Rückgang liegen in der Beendigung zweier Großbaustellen, der Ausbau der Eisenbahnstraße und der Kleinbahnüberführung.

Im letzten Jahr haben auch die nachträgliche Veranschlagung der gewährten Darlehen an städtische Gesellschaften und Dritte das Haushaltsvolumen mit über 3.000.000 € in Einnahme und Ausgabe beeinflusst. Mit einem Volumen von rund 6.000.000 € ist eine Größe erreicht, die bei gleichbleibender Förderpraxis auch in den nächsten Jahren Bestand haben wird.

Die Übersicht des Haushaltes macht es deutlich, dass die Stadt mit 1.007.900 € über 16 % der Ausgaben des Vermögenshaushaltes für den Schuldenabbau bzw. zur Rücklagenbildung einsetzt. Dieser Betrag steht für investive Zwecke nicht zur Verfügung. Langfristig sichert der Schuldenabbau und die Ansammlung von Rücklagen die Handlungsfähigkeit der Stadt Fürstenwalde auch für zukünftige Generationen.

Die Tatsache, dass der Ausgleich im Verwaltungshaushalt nur mit einer Rückbuchung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 788.100 € gesichert werden konnte, ist problematischer. Gerechtfertigt werden kann dies nur kurzfristig durch entsprechende bauliche Unterhaltungsmaßnahmen – mit der Substanzerhaltung-. Im Saldo trägt der Verwaltungshaushalt lediglich mit 219.800 € zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes bei.

Sollte der Haushaltsausgleich nicht nur beim Plan sondern auch in der Abwicklung gelingen, würde bereits 2007 eine entsprechende Entlastung von über 400.000 € eintreten. Damit wäre ein großer Schritt in Richtung eines durch die Kommunalvertretung geprägten Vermögenshaushaltes vollzogen.

Zum Schluss seiner Ausführungen bedankt sich der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, bei der Fachbereichsleiterin Finanzen, Frau Arnold und ihren Mitarbeiterinnen für die Erarbeitung des Haushaltsplanes.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung 2006 entgegen und verweist ihn zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse.

Kenntnisnahme Ja 30

TOP 7.7 Einbringung des Investitionsprogramms 2005 - 2009

4/315

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf des Investitionsprogramms für die Jahre 2005 – 2009 entgegen und verweist ihn zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse.

Kenntnisnahme Ja 30

TOP 7.8 Haushaltssicherungskonzept der Stadt Fürstenwalde-Spree für den Zeitraum 2005 - 2009

4/320

Von der Verwaltung konnte vorzeitig ein Haushaltsausgleich für das Jahr 2006 erreicht werden, so dass sich die Erarbeitung eines Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Fürstenwalde/Spree für den Zeitraum 2005-2009 nicht erforderlich machte.

Kenntnisnahme

TOP 7.9 Satzung über den von der Stadt Fürstenwalde veranstalteten Wochenmarkt (Wochenmarktsatzung) 4/310

Abgeordneter Hilke fragt nach

- ob nicht für die Bewirtschaftung des Wochenmarktes eine öffentliche Ausschreibung hätte vorgenommen werden müssen,
- ob bei dem Preis der Agentur von 14.400,00 € für die Aufgaben des Wochenmarktes der Verwaltung gegenüber jetzt eine Einsparung vorliegt,
- wie sich der Betrag zusammensetzt und wie viel Arbeit für den Betreiber anfällt und
- worauf sich das Vertrauen der Verwaltung in diesen Betreiber, der Agentur Dies & Das, stützt.

Auf die Anfragen des Abgeordneten Hilke antwortet der Bürgermeister und führt dazu aus, dass eine öffentliche Ausschreibung für diese Größenordnung nicht notwendig war.

Der Stadtverwaltung liegen bereits Erfahrungswerte mit dieser Agentur vor, die schon einige Stadtfeste veranstaltet hat. Die Agentur betreibt auch den Wochenmarkt in Beeskow .

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, ergänzt dazu, dass die anfallenden Kosten auf die Nutzer der Märkte umgelegt werden. Die Verwaltung betreibt einen Markt mit den günstigsten Marktstandgebühren in ganz Brandenburg, die zur Zeit 2,30 € pro laufende Meter und pro Tag betragen. Die 14.400,00 € sind mit einem entsprechenden Stundennachweis unterlegt, der geführt werden muss. In dem Vertrag mit der Agentur Dies & Das wird festgelegt, an welchen Tagen und zu welchen Zeiten der Aufseher vor Ort sein muss.

Abgeordneter Petenati bemerkt, dass die CDU-Fraktion es begrüßt, samstags in den Monaten April bis Oktober einen Frischemarkt durchzuführen und hofft, dass dieser von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt angenommen wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über den von der Stadt Fürstenwalde veranstalteten Wochenmarkt in der vorliegenden Fassung.

Zustimmung Ja 29 Enthaltung 1

TOP 7.10 Durchführung von Kulturveranstaltungen im Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof" (Info-DS) 4/311

Abgeordnete Paschek spricht im Namen der Fraktion und bemerkt, dass die in der Informationsdrucksache genannten Gründe zu den veränderten Bedingungen, die jetzt vorhanden sind, schnellsten zu einer Überarbeitung der Entgeltordnung führen sollten.

Die in der Drucksache vorgesehene mittelfristige Überarbeitung der Entgeltordnung sollte bis Mitte des Jahres erfolgen.

Abgeordnete Czerwinske hat eine Anfrage zur Anlage 2 -Jahresergebnis 2005 zu der Position Rückzahlungen aus Vorjahren. Der Ansatz 2005 beträgt 10.000,- € und das Ergebnis 2005 ist gleich 0,00 €.

Die Fachbereichsleiterin Stadtbüro, Frau Schickert, erläutert kurz, dass die 10.000 € unter der Position „Fürstenwalder Hof“ in der 30101501 als einmalige 10.000,00 € Rückzahlungen aus Vorjahren geplant wurden. Das sind Rückzahlungen des Finanzamtes, die als einmalige Summe ausgezahlt werden. Bei der internen Aufteilung im Nachhinein ist die Buchung unter der 30101591 mit 9.100,00 € aufgeführt.

Die Informationsdrucksache wird von den Abgeordneten zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme

TOP 7.11 Resolution an die Abgeordneten des Kreistages zur Problematik Musikschulen

Zur heutigen Sitzung liegt den Abgeordneten eine Resolution an die Abgeordneten des Kreistages zur Problematik Musikschulen vor.

Die Abgeordnete Czerwinske beantragt eine Lesepause. Es wird einer Lesepause von 5 Minuten zugestimmt.

Das Thema „Musikschulen“ wurde bereits im Kultur- und Sozialausschuss behandelt, dazu übergibt der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung an die Ausschussvorsitzende, Abgeordnete Fiedler, das Wort.

Der Sozialausschuss hat zu der Problematik am 19.3.2006 beraten und zur gleichen Problematik fand auch im Festsaal des Alten Rathauses ein Elternstammtisch mit Eltern von Schülern der Musikschule statt. An dem Elternstammtisch nahmen auch Vertreter des Kreistages teil.

Der Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellung ist in seiner Sitzung zu dem Entschluss gekommen, den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, sich mit einem Schreiben an die Kreistagsabgeordneten zu der Problematik „Musikschulen“ zu wenden.

Die Grundlage für das Schreiben bildet die Diskussion im Kreis, die 3 Musikschulen mit der Burg Beeskow zu einem Kultur- und Bildungszentrum zusammenzulegen mit den vorgesehenen Einsparungen im Bereich der Musikschulen. Auch mit der Frage der Neubesetzung von Lehrstellen, d. h. es werden keine Lehrstellen neu besetzt, sondern nur mit Honorarkräften und nicht mit hauptamtlichen Kräften. Eine weitere Einsparung wäre auch die Einsparung der Direktoren der Musikschulen. Es soll ein Direktor für alle Musikschulen tätig sein, der dann in der Burg Beeskow ansässig ist. Das würde ferner bedeuten, dass Schüler, Eltern und auch die Honorarkräfte ihre Ansprechpartner vor Ort verlieren.

In der anschließenden Diskussion brachten die Fraktionen ihren Standpunkt zum Ausdruck und waren übereinstimmend der Auffassung, dass sich der Sinn dieser Sparmaßnahmen für den Qualitätsbestand der Musikschulen im Landkreis Oder-Spree nicht richtig erschließt. Es wurde auch das Unverständnis zum Ausdruck gebracht, warum eine Einrichtung, wie die Musikschule in Fürstenwalde, die sich so bewehrt hat, runtergefahren werden soll. Die Qualität der Musikschule muss unbedingt erhalten bleiben. Mit den Sparmaßnahmen ist eindeutig ein Verlust der Qualität der Musikschulen verbunden. Das Vorhaben, insbesondere die Verwaltung zu entlasten richtig ist, aber nicht auf Kosten der Kinder.

Der Kreistagsabgeordnete Ksink und der Abgeordnete Petenati brachten noch einmal klar zum Ausdruck, dass dem Kreistagsbüro noch keine aktuelle Beratungsdrucksache zu dieser Problematik vorliegt.

Abgeordnete Alter schlägt vor, einen kompetenten Vertreter des Landkreises in den Fachausschuss bzw. in den Hauptausschuss einzuladen, um über den aktuellen Sachstand „Musikschulen“ zu berichten.

Abgeordneter Hoffrichter unterbreitet den Vorschlag, das Schreiben des Vorsitzenden des Fürstenwalder Kulturvereins e. V. an die Abgeordneten des Kreistages, mit in das Anliegen der Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung mit einzubeziehen.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Abgeordneter Teichmann, bemerkt zu dem Vorschlag des Abgeordneten Hoffrichter, dass er diesem nicht folgen will. Er denkt, je mehr eigenständige Gremien sich zu dieser Problematik äußern, desto nachhaltiger ist der Effekt.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag des Abgeordneten Hoffrichter abstimmen.

Der Antrag des Abgeordneten Hoffrichter wird mehrheitlich abgelehnt.

Als Ergänzung im Brief wird in dem vierten Absatz mit aufgenommen,, wie z. B. Big Band, Pop-Chor und **Garde- Blasmusikkorps** und diverse kleinere Gruppierungen.

Beschluss:

Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung stimmen dem Brief an die Abgeordneten des Kreistages Oder-Spree zur Problematik „Musikschulen“ mit der vorgenommenen Ergänzung zu.

Zustimmung Ja 30

TOP 8 Anfragen der Abgeordneten

Abgeordnete Fiedler und Abgeordnete Wagner geben den Hinweis, für die nächste Stadtverordnetenversammlung, die in Trebus stattfindet, den Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ mit aufzunehmen und die Sitzung in Trebus zu einer wärmeren Jahreszeit durchzuführen.

Eine weitere Bemerkung machte Abgeordnete Wagner zu dem in der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 11.8.2005 an die Verwaltung erteilten Auftrag. Die SPD—Fraktion stellte einen Antrag, der sich mit der Thematik Arbeitsgruppe Ausländerbeirat befasste und 3 Anfragen beinhaltete. Bis zum heutigen Tag liegt der SPD-Fraktion noch keine Beantwortung der 3 Anfragen vor. Die Thematik wird in die nächste Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses aufgenommen.

In seinen Ausführungen bemerkt der Bürgermeister, dass in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11.8.2005 von der Verwaltung die Anfragen konkret beantwortet wurden. Im Vorfeld hatte sich die Verwaltung zu dieser Thematik ausführlich informiert.

In den Diensträumen des Bürgermeisters fand auch mit der Arbeitsgruppe Ausländerbeirat eine Beratungen statt, in der Übereinstimmung darüber erzielt wurde, dass die Arbeitsgruppe bei Beratungsbedarf auf die Verwaltung zugeht.

Abgeordnete Wagner ergänzt dazu, dass die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung die Entscheidungen treffen müssen, welche Form der Arbeit in der Stadt gewählt wird, z. B. Ausländerbeirat, Ausländerbeauftragter bzw. unterstützte Arbeitsgruppe.

Der Fachbereichsleiter für Soziales und Bildung, Herr Politz, ergänzt dazu, dass er bereits in der letzten Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses darüber informiert hatte, dass es in den kreisangehörigen Kommunen im Land Brandenburg 3 Ausländerbeiräte gibt. Eine weitere Information gab Herr Politz darüber, dass zum nächsten Kultur- und Sozialausschuss vom Fachbereich eine Informationsdrucksache über die Darstellung von Möglichkeiten der Beteiligung von Ausländern am politischen Geschehen der Stadt erarbeitet wird.

Abgeordnete Czerwinske bedankt sich bei der Beigeordneten, Frau Fellner, dass sie sich mit einem Schreiben an die Bundesbahn gewandt hat, dass der Fahrkartenschalter im Fürstenwalder Bahnhof erhalten bleibt.

Eine weitere Anfrage der Abgeordneten Czerwinske bezieht sich auf das Ergebnis der Sitzung der Arbeitsgruppe Cashmanagements am 20.1.2006 und konkret, wie sich die Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Neuruppin weiter gestaltet, liegen Angebote vor und gibt es Aus-

schreibungen zu der Zusammenarbeit Cashmanagement mit Banken.

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, erläutert in seinen Ausführungen, dass dazu keine Ausschreibungen vorgenommen wurden. Die Verwaltung hat an die Banken, die im Vorfeld ihr Interesse bekundet haben, das Anforderungsprofil an das Cashmanagement übergeben. Insgesamt waren es drei Banken, inklusive der Sparkasse. Die Software wurde von der West-LB entwickelt und die West-LB befindet sich im Eigentum der kommunalen Sparkassen des Landes Nordrhein-Westfalen. Am 20.1.2006 wurden die notwendigen Verträge zwischen der West-LB, der Stadt und den angeschlossenen Eigenbetrieben und Gesellschaften abgewickelt. Es wurden auch interne Vereinbarungen beschlossen, auf welcher Basis und wie im Verhältnis zwischen Stadt, den einzelnen Gesellschaften und den Eigenbetrieben abgerechnet wird.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft Neuruppin nimmt am Anfang die Beratertätigkeit für die Verwaltung auf und wird auch an Beratungen teilnehmen. In unserer Region sind noch keine vergleichbaren Erfahrungen, wie sie die Stadtentwicklungsgesellschaft hat, verfügbar. Die Stadtentwicklungsgesellschaft Neuruppin erhält dafür einmalig 2.500,00 €.

In Anbetracht der Kältewelle und den Meldungen in den Medien, stellt Abgeordnete Meinel die Anfrage, welche Aktivitäten die Stadt gemeinsam mit Caritas und anderen Vereinen unternimmt, um Obdachlose vor dem Erfrieren zu schützen.

Der Fachbereichsleiter Bildung und Soziales, Herr Politz, bemerkt dazu, dass das ganze Jahr über Angebote den Obdachlosen zur Verfügung stehen. Die Obdachlosen können jeder Zeit einen warmen Schlafplatz in Anspruch nehmen. Die Haltestelle hat tagsüber und die Obdachlosenunterkunft ist zu jeder Tageszeit geöffnet.

Abgeordneter Petenati hat drei Anfragen an die Beigeordnete, Frau Fellner:

1. Liegt zum Schallschutz in Süd ein neuer Sachstand vor.
2. Wie ist der Kenntnisstand zum Bau der Trebuser Straße.
3. Abgeordneter Petenati möchte Ausführungen zum Interview der Beigeordneten, Frau Fellner, dass sie am 5.1.2006 auf Antenne Brandenburg zum Thema Sanierung Rathaus gegeben hat.

Zu 1.: Zum Schallschutz in Süd liegt kein neuer Sachstand vor. Das Planfeststellungsverfahren ist für den 2. Autobahnabschnitt –von der Brücke Saarower Chaussee in Richtung Rauen- erfolgt. In diesem Abschnitt soll eine Lärmschutzwand errichtet werden, das auch Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens ist. Die Stadt erwartet den Bau ab dem Jahr 2007. Das Ansinnen der Stadt war es auch, den Teil zwischen der Brücke Saarower Chaussee und der Brücke vor der Reifenwerksiedlung in das Planfeststellungsverfahren mit aufzunehmen. Gemäß Planfeststellungsverfahren wurde das abgelehnt.

Zu 2.: Das Land hat die Entscheidung getroffen, Planungsmittel für die Trebuser Straße zur Verfügung zu stellen.
Das Planungsbüro ist beauftragt, zur Zeit wird noch die Frage der Ausbildung der Kreuzung untersucht, ob Lichtsignalanlage oder Kreisell.

Zu 3.: Das Interview zum Thema Rathaus bezog sich auf die Graffitiverschmutzungen des Alten Rathauses. In dem Zusammenhang wurde die Stadt befragt, welche Pläne die Stadt mit dem Alten Rathaus hat. Die Stadt plant im Zuge der Aufwertungsmittel für den Stadtumbau für Fürstenwalde Mitte die Fördermittel für die Aufwertung der Mühlenstraße, der Eingangssituation der Innenstadt und für die Aufwertung des Alten Rathauses einzusetzen.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

TOP 10 Beendigung der öffentlichen Sitzung

Die heutige öffentliche Sitzung wird beendet. Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung umfasst 11 Seiten.

Jürgen Teichmann
Vorsitzender

Schriftführer
